





fortan lediglich dem Schutze des Handels zu widmen, wogegen wohl von keiner Seite etwas eingewandt werden kann.

\* Berlin, 3. März. [Waffenexport.] Seitdem die Durchfuhr von Waffen und Kriegsmunition durch den Zollverein verboten ist, es mehrfach vorgekommen, daß dergleichen Transporte, welche sich im Innern des Landes bewegten, von Polizeibehörden bloß deshalb angehalten wurden, um sich davon Ueberzeugung zu verschaffen, ob die Sendungen inländischen Ursprungs und mit den hierüber sprechenden Zeugnissen versehen seien. Dies hat Anlaß zu Beschwerden über ungerechtfertigte Belästigung des Verkehrs gegeben und sind die Polizeibehörden deshalb aufmerksamer gemacht worden, daß ein derartiges Einschreiten ihrerseits nur innerhalb des Grenzbezirks zulässig und die Prüfung des inländischen Ursprungs in der Regel den Zollbehörden zu überlassen ist, welche nur von den etwa bemerkenswerthen Umständen von den Polizeibehörden in Kenntnis zu setzen sind. Die Ausfuhr zollvereinsländischer Waffen und sonstigen Kriegsmaterials unterliegt zur Zeit keinem Verbote und gehen deren nicht unerhebliche Sendungen über die Süd- und Westgrenze; über die Ostgrenze geschieht das in einem geringeren Maße, als gewöhnlich vorausgesetzt und von den Gegnern der Neutralität geflüstert wird, daß Rußland mit Waffenfabriken ausreichend versehen ist und Waffen meist nur bei neuen Erfindungen auf diesem Gebiete vom Auslande bezieht.

— [Kinderpest.] Ein amtlicher, hier eingetroffener Bericht giebt über den Stand der Kinderpest folgende Data an. In pr. Holland sind neuere Erscheinungen beobachtet worden, im Kreise Möringen ist die Krankheit als beseitigt zu erachten. Im Meidenburger Kreise ist dieselbe in den Ortschaften Borowen, Napieken und Stadt Meidenburg erloschen, ebenso im Osteroder Kreise in Waplig und in der Stadt Hohenstein. Dagegen hat sie sich im Osteroder Kreise weiter verbreitet; sie ist in Marwalde, Zannenberg, Kusken, Döblau und Plattinen ausgebrochen und hat in Ganshorn noch nicht unterdrückt werden können. Im Meidenburger Kreise ist sie in Kiechlienen und Sablotschen neuerdings zum Ausbruch gekommen. Nach dem im Königreich Polen durch den diesseitig abgeordneten Kreisphysikus Seydel an Ort und Stelle vorgenommenen Untersuchungen ist sie in den Kreisen Lipno und Wloclawek weit verbreitet. In einer Entfernung von 3 Meilen von der Landesgrenze herrscht sie jedoch nur in der Ortschaft Lubin, 2½ Meilen von der Grenzstadt Gollub. (G. B.)

— [Die Gewerthätigkeit im Regierungsbezirk Arnberg] entwickelt sich nach allen Richtungen hin immer erfreulicher; sie hat, mit Ausnahme weniger auf Wasserkraft angewiesener Betriebsstätten, auch in den letzten Monaten keine wesentliche Unterbrechung erlitten. Die Fabrikation bleibt freilich hinter dem großartigen Aufschwunge im Bergbau und Hüttenwesen noch zurück. Im Bergrevier Siegen sind neuerdings in der Gegend von Freudenberg Thoneisensteine erschürft worden, welche lohnende Ausbeute versprechen. Auf der Grube „Vereinigte Püßhorn“ hat man in 11 Zählern sehr schönen Brauneisenstein in einer Mächtigkeit von 22 Fuß angetroffen, ein Resultat, welches man allein der dort aufgestellten Dampfmaschine, der ersten auf einer Siegenischen Eisengrube, verdankt. Die Förderung auf den Bleierzgruben ist lebhaft, dagegen der Kobaltbergbau immer mehr im Zurückgehen begriffen. Die vorhandenen Gruben im Revier Müssen wurden (Schwefel) betrieben. Erfreuliche neue Aufschlüsse von Eisenstein wurden im Revier Olpe gemacht. Auf den dortigen Marmorbrüchen herrschte in Folge zahlreicher Bestellungen reges Leben; bei Zinnentrop und Olpe wurden reiche Lager von schwarzem und rothem vorzüglichem Marmor entdeckt. Bei Neheim im Revier Arnberg auf Kohlen angestellte Bohrversuche blieben ohne Resultat, wogegen die Schürfergebnisse des Kaufmanns Gosack auf Eisenstein in der Nähe der Stadt Arnberg günstige Aufschlüsse gegeben haben sollen. — Auch die Produktion der Eisenhütten war in eben dieser Zeit eine gesteigerte, so lieferte beispielsweise die Christen-Sütte bei Sundern, die Julianen- und Louisen-Sütte bei Wöckum 5500 und resp. 7000 und 6000 Pfund Eisen. Gleich schwunghaft war der Betrieb der Rübdehütten. — Auf dem Hüttenwerke zu Stadberge beabsichtigt man jetzt zur Darstellung des Kupfers, statt der schwefelsauren Dämpfe in Zukunft Salzsäure anzuwenden und die abgeröstete Blende, welche bisher an die Gladbacher Zinkhütten-Gesellschaft verkauft wurde, selbst auf Zink zu verarbeiten. Die Preise des Roheisens sind fortwährend gestiegen. Spiegeleisen fand zu 27 Thlr. pro 1000 Pfund, Stabeisen zu 48 bis 50 Thlr., Rübdehütten zu 53 bis 56 Thlr., Gießstahl zu 66 Thlr. raschen Absatz. Die Kohlenpreise waren auf den Landbedarfszehen unverändert, auf den Ruhrzehen erheblich, z. B. auf den Zechen Hagenwinkel und General von 18½ auf 20½ Sgr. gestiegen. (B. G.)

— [Reise-Erleichterung nach Rußland.] Die kais. russ. Regierung hat sich veranlaßt gefunden, die kürzlich erweiterten Konzessionen für diesseitige Staatsangehörige, die nach Polen zu reisen beabsichtigen, auch auf Reisen nach Rußland auszudehnen. Die hiesige russ. Gesandtschaft hat die Ermächtigung erhalten, jedem preussischen Staatsangehörigen, gegen welchen nicht besondere, eine Zurückweisung motivierende Umstände vorliegen, die vorschrittsmäßig ausfertigten Auslandspässe zur Reise in die kais. russ. Staaten zu visiren, ohne daß es der früher für solche Fälle vorgeschriebenen Rückfrage nach Petersburg bedarf. Dieselbe Ermächtigung ist den kais. Konsuln in Preußen erteilt.

Rönigsberg, 28. Febr. [Proßprozeß.] Das hiesige Stadtgericht verhandelte heute eine Anklage, welche die Hartung'sche Zeitung gegen die Ostpr. Zeitung erhoben hatte, weil die letztere behauptet, nicht die konservativen, wohl aber die oppositionellen Bestrebungen fänden an der Hartung'schen Zeitung einen Rückhalt. Die Ostpr. Zeitung ist in der Person ihres Verlegers, des Hofbuchdruckers Schulz, zu einer vierwöchentlichen Gefängnisstrafe verurtheilt worden. Wie ich höre, wird gegen das Erkenntniß die Appellation eingelegt. Der Ausfall des Prozesses macht übrigens in den weitesten Kreisen von sich reden. (N. P. 3.)

Stettin, 2. März. [Der Sundzoll.] Der Stettiner Abgeordnete, Generalconsul Vemonius, hat in dem Hause der Abgeordneten einen Antrag in Bezug auf den Sundzoll eingebracht, bei dem er ohne Zweifel auf die Unterstützung der Gesamtheit seiner Mitbürger rechnen kann. Der Antrag ist ein so gemäßigter, daß derselbe der k. Staatsregierung keinerlei Verlegenheit bereiten kann. Die k. Staatsregierung soll nochmals ersucht werden, die drückende Belastung, welche der Sundzoll dem Handel auflegt, in Erwägung zu ziehen und zu „berücksichtigen“, in wie weit gerade jetzt der Zeitpunkt zu dessen Kündigung gekommen, so wie bei einleitenden Verhandlungen über die Navigationsabgaben die Zuziehung einer sach- und schiffahrtkundigen Kommission anzuordnen. Nur in Bezug auf die Vorfassung drängt sich uns das Bedenken auf, daß „gerade jetzt“ die Kündigung des Sundzollvertrages doch wohl nicht zu empfehlen sein dürfte, und zwar aus dem doppelten Grunde, weil die Konferenzen über die Sundzollangelegenheit zu Kopenhagen, wenn auch augenblicklich vertagt, doch noch nicht geschlossen sind, und weil vor allen Dingen der Erfolg der amerikanischen Kündigung abzuwarten sein wird. Nach Allem, was wir über die Verhandlungen zu Kopenhagen vernehmen, scheint die dänische Regierung das Mithische ihrer Lage, wie sehr sie sich auch dagegen sträubt, dies zuzugeben, doch einigermaßen zu fühlen, da sie sich bereits auf das „Handeln“ legt. In ihrer ersten Vorlage hatte sie eine Entschädigungssumme von 40 Millionen R.-B.-Thaler verlangt,

die ihrer Meinung nach folgendermaßen zu vertheilen gewesen wäre. Es hätten zu zahlen gehabt:

Rußland	12 Mill. Thlr.	Mecklenburg	1 Mill. Thlr.
England	12 „	Südb.	250,000 „
Preußen	5 „	Hamburg und Bremen	200,000 „
Dänemark	2 „	Hannover	150,000 „
Schweden	2 „	Oldenburg	75,000 „
Niederlande	2 „	Spanien, Portugal und Italien	262,500 „
Frankreich	1½ „	Südamerika	17,500 „
Belgien	1 „	Andere Staaten	45,000 „
Vereinigte Staaten	1 „		
Norwegen	1 „		

Diese Summe sollte mit 4 pCt. Zins und 2 pCt. Kapitalabtrag in 28 Jahren getilgt werden. In der zweiten Sitzung der Konferenz, am 29. Januar d. J., ermäßigte Dänemark seine Entschädigungsforderung auf 35 Mill. Thlr. und ließ also von derselben ein Achttheil fallen, erklärte aber zugleich, daß es nur dann auf die Ablösung eingehen werde, wenn alle auf der Konferenz vertretenen Staaten den sie betreffenden Anteil zu zahlen sich verpflichteten. Eine Erklärung auf diese Anerbietungen ist bis jetzt, so viel wir wissen, von keiner der beteiligten Regierungen abgegeben worden. Es ist unbestritten, wenn man behauptet, daß Rußland sich für die Annahme des dänischen Vorschlages ausgesprochen habe; vielmehr hat der russische Bevollmächtigte in der ersten Konferenz, in der er von der Bereitwilligkeit der russischen Regierung sprach, diese Äußerung dadurch motivirt, daß er erklärte, Rußland sei bereit, den Sundzoll nach wie vor zu zahlen. In gleichem Sinne haben sich auch Hamburg und die beiden Mecklenburg und neuerdings, wie behauptet wird, auch Hannover ausgesprochen, aus Gründen, die, wie wir uns nicht verhehlen können, keinem dieser Staaten sehr zur Ehre gereichen, da sie offenbar ihre Partikularinteressen den gemeinsamen deutschen Interessen vorziehen, was bei Hannover vielleicht noch am meisten zu entschuldigen wäre, weil es mit seinem Stader Zoll sich in einer Lage befindet, die nicht viel weniger bedenklich ist, als die Lage Dänemarks wegen des Sundzolls.

Glücklicherweise sind diese Erwägungen von geringem praktischem Interesse, denn bis jetzt spricht noch die größte Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Sundzollfrage nicht in den Kopenhagener Konferenzen, sondern auf einem ganz andern Gebiete entschieden werden wird. Bis zum 14. April, dem Tage, mit welchem der dänisch-amerikanische Sundzollvertrag abläuft, sind noch sechs Wochen; und wir haben keinen Grund, zu erwarten, daß in dieser kurzen Zeit die amerikanische Regierung die Ansicht ändern werde, von der sie bei der Kündigung des Sundzolls ausgegangen ist. Daß die Dänen von dieser Seite einen entscheidenden Streich befürchten, geht schon aus den Anstrengungen hervor, die sie machen, um denselben dadurch abzuwenden, daß sie die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten in ihrem Sinne zu bearbeiten versuchen. Eine Flugchrift: Briefe über die Sundzollfrage (Letters on the Sound-Dues-Question), die in den Vereinigten Staaten von dänischen Agenten massenweise vertheilt wird, soll die Amerikaner überzeugen, daß die ganze Angelegenheit für sie nicht das geringste Interesse habe. Der Sundzoll belaste keineswegs den Weltverkehr, sondern nur den Handel der Ostsee, an dem die Vereinigten Staaten so gut wie gar nicht betheiligt seien; die Aufhebung des Zolles würde nur dem preussischen Handel und der preussischen Staatskasse Vortheil bringen, für welche die Amerikaner doch schwerlich geneigt sein würden, sich in Unkosten zu setzen. Die Dänen, heißt es in der Flugchrift, seien eine kleine, aber sehr achtbare Nation; und es sei gewiß nicht zu billigen, daß die mächtigen Vereinigten Staaten gegen dieselbe ein Unrecht verüben, wie dies geschehen würde, wenn sie sich in einen Krieg gegen Dänemark einlassen wollten, um die Aufhebung einer seit unvorzeitlichen Zeiten bestehenden, durch völkerrechtliche Verträge anerkannten, für sie selbst gar nicht in Betracht kommenden Abgabe zu erzwingen. Das, worauf die Dänen hauptsächlich zu rechnen scheinen, ist, daß es ihnen gelingen werde, eine Opposition gegen den Präsidenten Pierce herbeizurufen, der in der angeführten Flugchrift mit der größten Witterkeit angegriffen wird. Dabei beschränkt man ohne Zweifel auf die persönliche Unbeliebtheit, die General Pierce, nicht ohne sein Verschulden, bei den einflussreichsten Parteien sich zugezogen hat. Man vergißt aber ganz, daß Pierce keineswegs, wie die Flugchrift es darzustellen sucht, irgend einen persönlichen Haß gegen die Dänen im Vollkommenen Uebereinstimmung mit beiden Häusern des Kongresses gehegt hat. Seit dem 1. April 1854 hatte der Präsident keinen Schritt in der Sundzoll-Angelegenheit gethan, als am 20. Dezember des genannten Jahres das Repräsentantenhaus die Wiederaufnahme der während dieser Zeit unterbrochenen Verhandlungen in Anregung brachte, indem es Aufschluß über den Stand derselben verlangte. In seiner Rede vom 1. Februar 1855 sprach nun allerdings der Staatssekretär Marcy in sehr entschiedener Weise seine Ueberzeugung aus, daß der Sundzoll eine völlerrechtlich in seiner Weise zu rechtfertigende Steuer sei, und erklärte den Entschluß des Präsidenten, den wegen desselben mit Dänemark geschlossenen Vertrag zu kündigen. Die Entscheidung wurde aber erst durch den Beschluß des Senates vom 3. März 1855 herbeigeführt, der dem Präsidenten die Befugnis erteilte, den Vertrag in Kopenhagen zu kündigen. Dies ist bekanntlich durch die Depesche des Staatssekretärs Marcy am 12. März v. J. geschehen, welche die Kündigung als einen vorläufigen Schritt zur Vermeidung einer ferneren Entzweiung des Sundzolls bezeichnet, der „in Verletzung des Rechtes aller Völker zur unbehinderten Befugnis offener Meere“ erhoben werde. Unter diesen Umständen erscheint es sehr möglich, daß die Bemühungen der Dänen zur Beeidigung der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten gerade die entgegengesetzte Wirkung hervorbringen. (N. P. 3.)

Oesterreich. Wien, 2. März. [Der Ultramontanismus und die Naturwissenschaften.] Es ist der ultramontane Partei, deren vorgeschobener Hosten Dr. Sebastian Brunner in der Wiener Kirchenzeitung ist, längst ein Greuel, daß manche Koryphäen auf dem Gebiete der physikalischen und medizinischen Wissenschaften in hervorragender Weise auf Lehrtätigkeiten österreichischer Hochschulen fungiren. Wie sie einerseits bemüht ist, die protestantischen Größen der deutschen Literatur vom Bann herabzuwerfen und durch Pygmaen ihres Schlages zu ersetzen, so hat sie andererseits den Naturwissenschaften überhaupt prinzipielle Feindschaft geschworen. Wer daran zweifelt, der lese die „Keilschriften“, ein Reimwerk, das Sebastian Brunner zu Ende des vorigen Jahres bei Manz in Regensburg auflegen ließ. Das Büchlein, um welches sich noch vor wenigen Wochen Niemand bekümmerte, ist in Folge der jüngsten Polemik gegen Unger rasch in vieler Leute Hände gekommen. Es ist ein lebendiges Zeugnis des Geistes des Redakteurs unserer „Kirchenzeitung“. Wie ist in neuerer Zeit offener der Krieg gegen alle Naturwissenschaft gepredigt worden als in den „Keilschriften“ geschieht. Ihr höchstes Ziel — heißt es — sei „tiefmögliche Verhinderung“. Die Professoren „machen in Gottlosigkeit Geschichte — und auch Kausen“. Und auch „diese Leute“ werden bezahlt „mit Tausenden von Thalern“, damit sie die deutsche Jugend ja recht tüchtig „verkrallern“. Sie sehen, nicht nur in München, sondern auch in Wien haben wir unsere bestverkauften „Ausländer“. Dem Staate wird warnend gesagt, daß an dieser „großen Hyänenfalle“ Bajonette und Büßel und die „eiserne Stäbe alle“ wie Kinderpiegel zerbrechen werden. Gößlich ist es nicht, aber deutlich, wenn weiter prophezeit wird: es werde in der „großen Menagerie“, zu welcher die theuer bezahlten Professoren der Naturwissenschaften den Staat machen, an einem Tage dann der „ganzen Staatskunst Plunder“ zerbrechen. Zu Bestien wurden sie ja gemacht an euren Weisheitsstücken, auf die ihr selbst die Keule gesetzt mit den blutigen Jakobinermützen“. In gleichem Geiste und Styl werden Gößle, Schiller u. s. w. abgekanzelt. Und dieser Epigrammus, der jeder wissenschaftlichen Forschung, welche vermeintlich seine Wege kreuzt, seinen Eifer in das Antlitz wirft, wird — fast nehme ich Anstand, das Wort niederzuschreiben — im Namen der katholischen Kirche geübt und mit frecher Stimm als Christenpflicht angekündigt. Fürwahr, diese Dinge wären gefährlich, würden sie nicht durch ihren wüthigen Eifer sich selbst die Spitze abbrechen! (Sp. 3.)

Bayern. Weirheim, 26. Februar. [Dom Miguel.] Das frühere Kloster Brombach, 2 Stunden von hier auf badiischem Ge-

biete gelegen, wird im nächsten Sommer einen fürstlichen Bewohner erhalten. Dom Miguel, Herzog von Braganza, der zu Schloß Heubach am Main wohnte, hat die Räume des ehemaligen Klosters, welches zu den fürstlich Löwenstein'schen Besitzungen gehört, neu und standesgemäß herrichten lassen, um dort seinen Wohnsitz zu nehmen. (M. 3.)

Baden. M. Freiburg, 29. Febr. [Ovationen; Kirchliches; Brautgeschenk; Einbruch; Gerüchte; Eisenbahn.] Noch immer werden von französischen Partikularen oder Vereinen dem Erzbischof Hermann Huldigungen dargebracht. So brachten vor wenigen Tagen einige Pariser Herren in Begleitung des Bischofs von Straßburg, Dr. Räß, demselben einen sehr kostbaren Bischofsstab von trefflicher Arbeit. Hierbei ist uns die Stellung des letztgenannten Bischofs noch unklar, da derselbe, wie es wenigstens bei uns allgemein angenommen wird, an unserm Hofe in Karlsruhe sehr gern gesehen sein soll. Wir glauben hieran um so weniger, als uns bekannt ist, daß der Straßburger Bischof, der in dem Mainzer Seminar seine priesterliche Bildung erhalten, und am dortigen Kapitel mehrere Jahre thätig war, ein sehr großer Freund und Gönner der Jesuiten ist, ihnen auch in seiner Diözese einen solchen Einfluß zugestanden, daß der Klerus, besonders in Straßburg, selbst schon öfters seine Unzufriedenheit zu erkennen gegeben hat. Unter seinem Vorgänger Le Pape von Trevern, unter dem die ältern Geistlichen ihre Bildung erhalten haben, soll ein liberaleres System geherrscht und namentlich die Palres der Gesellschaft Jesu nie einen bedeutenden Einfluß erlangt haben. Es scheint, daß auch in Frankreich die Hierarchie nach mehr Herrschaft strebe. Das organische Gesetz von 1803 ist nicht nach ihrem Geschmack; das österreichisch-römische Konkordat würde besser behagen. Indessen währt bei uns das Interim zum großen Leidwesen aller von dem Erzbischof angestellten Pfarrer, die hierdurch ganz besonders beeinträchtigt sind, fort. Von der Wiederbesetzung der durch den Tod des Dr. Staudenmaier vakant gewordenen Lehrkanzel der Dogmatik ist bis jetzt noch keine Rede; wenigstens scheint dies, nach dem vor einigen Tagen ausgegebenen Verzeichniß der Vorträge an der hiesigen Universität für das kommende Sommerhalbjahr zu schließen, nicht der Fall zu sein. Die Besetzungen der Lehrkanzeln der katholisch-theologischen Fakultät hat auch ihre besondern Schwierigkeiten, da mancher vorgeschlagene Kandidat bald der Regierung, bald auch dem Erzbischof nicht genehm ist. Immerhin aber wird es auch jetzt wieder eine Hauptfrage der Regierung sein, einen tüchtigen Lehrer, dessen Name in der Wissenschaft einen guten Klang hat, herbeizurufen. — Es ist noch nicht bekannt geworden, welches Brautgeschenk die hiesige Stadt der künftigen Regentin zu machen gedenkt; wir zweifeln aber nicht, daß es ein beiderseits würdiges sein werde. (S. dagegen Nr. 50.) — Vor einigen Tagen wurde auf dem hiesigen Bahnhofe ein Versuch gemacht, die Kasse durch Einbruch zu beschleichen. Glücklicherweise wurde der Kassendiener durch das Geräusch beim Einbruch aufgeweckt und die Diebe verjagt. — Es giebt hier viele Leute, die noch nicht an den Frieden glauben, ja, was noch viel auffällender ist, die nicht glauben, daß Sebastopol erstürmt und jetzt gänzlich zerstört ist, wenigstens die südliche Hälfte. Darin stimmt aber Alles überein, daß einem faulen Frieden ein Krieg vorzuziehen sei. Das ist nun freilich gleich und wohl gesagt; aber die Opfer, die bei dem letztern wieder zu bringen sind, dürften für jene, die es betrifft, nicht so leicht zu verschmerzen sein. Und wer weiß, welchen Umfang derselbe nehmen könnte. Uebrigens heißt es in französischen Blättern, daß die russischen Botschafter die Weisung haben: de faire la paix à tout prix. Das ist ein Wort, das sich hören läßt. — An unserer Eisenbahn von Säckingen bis gegen den Bodensee hin wird tüchtig und ununterbrochen gearbeitet. Doch sind da bedeutende Terrainschwierigkeiten zu überwinden. Aber die Vollendung dieser Strecke wird unserer Eisenbahn von großem Vortheil sein. Indessen hat das modische Reisen, unerachtet der ziemlich günstigen Witterungsverhältnisse, bis jetzt noch nicht begonnen. Wie es scheint, geht jetzt der Zug der Wanderungslustigen wieder nach Paris. Nach der großen Weltausstellung der Kongreß; das trägt ein und Paris bedarf dessen.

Freiburg, 1. März. [Geschenk.] In voriger Woche hat die französische klerikale Partei dem Erzbischof von Freiburg eine glänzende, für die weltliche Obrigkeit fast verkehrende Huldigung dargebracht. Es erschien eine Deputation aus Straßburg, bestehend aus dem dortigen Bischof und Maire und den beiden Redakteuren des ultramontanen Blattes „Univers“, den Gebrüdern Beuilot, und überbrachte ihm einen reich eiselirten, mit zahlreichem Edelgestein besetzten massivsilbernen Hirtenstab im Werthe von 13,000 Fl. (s. unsere heutige Korrespondenz aus Freiburg.) In der Begleitung oben am Stabe ist massiv in Silber der Erzengel Michael abgebildet, hoch zu Ross, im Begriffe, den Tempelüberber Heliobor zu Boden zu schmettern. Das Geschenk ist dem Erzbischof im Namen von 40 Bischöfen Frankreichs und Amerikas und ihrer Pflögebefohlenen übergeben. Man wird sich erinnern, daß von der Partei des „Univers“ vor längerer Zeit der Anstoß zu einer Sammlung ausging, als deren Ergebnis wohl das erwähnte Geschenk zu betrachten ist. Für den Bischof von Limburg hat die Deputation einen werthvollen Ring in der Tasche. (N. R.)

Aus dem Holsteinischen, 29. Februar. [Die „Augsburger Zeitung“ und Holstein.] Der Kopenhagener Korrespondent der „Augsb. Ztg.“ wird dreist; in dem Blatte vom 27. d. M. tritt er schon mit einer weiten Vertheidigung des Ministers v. Scheel auf. Diese Vertheidigung macht obendrein Anspruch darauf, sine ira et studio geschrieben zu sein. Was das Studium betrifft, so erstreckt sich das des Korresp. der „A. A. Z.“ nicht weiter als auf die Rede des bekannten Abg. Bargum, beläufig die einzige, welche im Ständesaale von Böhme zu Gunsten des Ministers gehalten worden ist. Wenn man sehen will, wie schlecht die Sache des angeklagten Ministers beschaffen sein muß, so darf man nur die von dem Korresp. der „A. A. Z.“ benutzte Rede von Bargum lesen. Diese Rede, die der ehemalige Präsident der „schleswig-holsteinischen Landesversammlung“ — der, was wohl nur sehr Wenigen bekannt ist, einen Tag lang, bis ihn Weseler aus der Liste rief, auch Mitglied der provisorischen Regierung war, dreimal angekündigt aber wohlweislich bis auf die Schlussverhandlung sich verparat hat, diese Rede enthält, wie man wohl annehmen darf, Alles, was Herr Bargum, der den Ruf eines der geschicktesten Advokaten besitzt, zur Vertheidigung seines Gönners mit Aufwendung aller Kräfte aufzubringen wußte — und doch ist in dieser ganzen Rede nicht ein Passus, der einer genaueren Prüfung gegenüber sich als stichhaltig bewähren könnte. — Für heute noch ein Wort über das Thun der „A. A. Z.“ Sie kennen die hochtrabende Sprache dieses Blattes, den Farsenstyl, mit dem es namentlich in der letzten Zeit wieder für Oesterreich als „Hort der deutschen Interessen“ in die Schranken getreten ist. Ich weiß im Augenblicke nicht, wie viel Duzend Artikel in diesem Stile ich in den letzten Wochen in den Spalten der „A. A. Z.“ gelesen habe, aber das weiß ich, daß das Verhalten der „A. A. Z.“ Holstein, und überhaupt den Herzogthümern gegenüber, ein äußerst eigenthümliches ist. Seit Jahr und Tag passiert es uns nur selten, daß die „A. A. Z.“ auch nur von den thatsächlichen Vorgängen, wenn sie anders zur Charakteristik des jetzigen dänischen Gouvernements dienen,



Notiz nimmt. Naive Zeitungsleser mögen in der Uebersiedelung des Prof. L. Stein nach Wien eine genügende Erklärung für den feisthigen Mangel an Originalkorrespondenzen aus den Herzogthümern finden; zufälliger Weise weiß ich aber, daß ein Mitarbeiter der „N. N. Z.“, der früher im Orient als Berichterstatter des Blattes wirkte, ein geborner Holsteiner, jetzt hier im Lande wohnt und daß es nicht an ihm liegt, wenn er nicht nunmehr über die Zustände seines Heimathlandes Bericht erstattet. Ich weiß auch noch andere Dinge. Doch — mit ihren Mitarbeitern mag es die „N. N. Z.“ halten, wie sie will. Das aber wird sie der Deffentlichkeit gegenüber schwerlich als eine ehrliche That vertreten können, daß sie trotz des reichhaltigen Materials, das ihr vorlag, von den so bedeutungsvollen Verhandlungen der diesmaligen holsteinischen Ständeverammlung kaum auch nur Notiz genommen hat. Selbst in der Mittheilung von Astenstücken scheute sie sich der Einseitigkeit nicht; so theilte sie z. B. wohl die Antwort, die der Minister dem König auf die Adresse der Ständeverammlung geben ließ, mit, aber die Adresse selbst, dieses gewichtige Astenstück, das wie der Ausschrei dieses gequälten Landes gegen das System des Hrn. v. Scheel klingt, sucht man vergeblich in den Spalten der „N. N. Z.“, dieses Blattes, das sonst fast die ganze Welt, mit Ausnahme von Oesterreich, des Hochverraths an den „deutschen Interessen“ anklagt. Dieses Verfahren der „N. N. Z.“ könnte räthselhaft erscheinen, wenn nicht längst der Schlüssel gefunden wäre, der über alle Wendungen und Wandlungen in der Politik der „Allg. Ztg.“ Aufschluß giebt. Dieser Schlüssel heißt bekanntlich Oesterreich. Es scheint, daß Oesterreich die deutschen Herzogthümer ganz und für immer an Dänemark Preis gegeben haben will. So wenigstens ließe sich das Verhalten der „Allg. Ztg.“, wie das plötzliche Abbrechen der Wiener Blätter in ihren Berichten über die Herzogthümer erklären. (N. Z.)

**Sächs. Herzogth.** Weimar, 28. Febr. [Hofnachricht; Landtag.] J. K. Hoh. die Frau Prinzessin von Preußen, höchstselbst vierzehn Tage zum Besuch des großherzoglichen Hofes hier anwesend war, hat heute Weimar verlassen und höchstlich nach Koblenz begeben. (Hochstselbst ist bereits am 29. Februar in Koblenz eingetroffen. — Im Ausschusse des Landtags ist der Antrag der Regierung auf Wiedereinführung der Todesstrafe (gegen 1 Stimme) abgelehnt worden. (N. P. Z.)

## Kriegschauplatz.

### K r i m m.

Der „N. Z.“ wird aus Paris geschrieben: Nach Privatberichten aus der Krimm befindet sich die franz. Armee in einem sehr schlechten Zustande. Es scheint, daß die französische Intendantur, die sich letztes Jahr so auszeichnete, diesen Winter sehr nachlässig zu Werke gegangen ist. Die Winterkleider, die Oberschuhe, Pelze und dergl., sind erst Anfangs Dezember angekommen. Die Intendantur scheint sehr ökonomisch aufzutreten und sogar an Brod und Fleisch Ersparnisse zu machen. Der Skorbut und andere Krankheiten wüthen fürchterlich. Alle Ambulanzen sind überfüllt, und die Aerzte, deren, wie der „Moniteur“ selbst meldete, ein großer Theil gestorben ist, sind für die Zahl der Kranken nicht mehr ausreichend. Ein einziger Arzt hat 100, 150, ja sogar oft über 200 Kranke zu behandeln. Die Soldaten klagen sehr über Pelissier, der zwar ein guter General ist, sich aber seiner Soldaten wenig annimmt. Sie bedauern alle Canrobert, der im v. J. wie ein Vater für seine Kinder sorgte. Die engl. Armee befindet sich im trefflichsten Gesundheitszustande. Ihre Intendantur hat aber dieses J. auch für Alles gesorgt. Die „Presse d'Orient“ meldet, daß die Verbündeten außer dem am 13. in die Luft gesprengten Fort Alexander auch die Wasserleitungen und alles, was von den Russen in Sebastopol noch vorhanden ist, vernichtet werden. Das Fort Alexander ist bei der Sprengung in den Hafen von Sebastopol hineingestürzt. Die Verbündeten befehlen sich bei Abgang der letzten Post mit der Sprengung des St. Pauls- und des Quarantäne-Forts, da die Zerstörung aller Festungswerke bis zum 15. Febr. eine vollbrachte Thatsache sein sollte. Die Russen schossen nach wie vor mit Karätschenkugeln auf die Fahrzeuge der Verbündeten, welche sich nachts der Nordseite der Bucht näherten. — Die Russen haben sich von Kertsch wieder weiter zurückgezogen.

## Großbritannien und Irland.

London, 29. Febr. [Parlament.] In der gestrigen Oberhaus-Sitzung beantragte der Earl von Derby die Ernennung eines Sonder-Ausschusses, um zu prüfen, ob Schritte, oder was für Schritte zu thun seien im Hinblick auf eine befriedigendere Ausübung der richterlichen Pflichten des Oberhauses als obersten Appellhofes. Nachdem er die Appellations-Jurisdiction des Hauses als eine Befugniß geschildert hat, welche die Barone von dem großen Reichsrathe, der sie in den frühesten Zeiten ausgeübt, übernommen hätten, bemerkt Lord Derby, trotz des Alters jenes Privilegiums betrachte er dasselbe gar nicht als so wesentlich für die genügende Erfüllung der übrigen Funktionen des Hauses, wie man es vielfach anzunehmen scheint. Die Stellung der rechtskundigen Vords werde ohne Zweifel dadurch eine sehr hohe, verantwortliche und wichtige; auch möge vielleicht der Schein von Autorität, den dieses Privilegium den nicht rechtsgelehrten Peers verleibe, in Bezug auf das Urtheil des Publikums mit einer gewissen Schwere in die Waagschale fallen. Allein man habe jetzt zwischen Aufrechterhaltung der Privilegien des Hauses und einer guten Rechtspflege zu wählen. Er seinerseits halte letztere für wichtiger, als alle Privilegien des Hauses. Die Annahme, daß das Haus der Peers in letzter Instanz entscheide, sei nichts weiter, als eine rechtliche Fiktion, und daher komme es auch, daß der Ruf des Hauses als Appellhof in Mißcredit gerathen sei. Er würde es für ganz zweckmäßig halten, wenn man in Fällen des gemeinen Rechts den Rath der betreffenden Richter, in Aequivalenzen den der Vizekanzler und in schottischen Fällen den der hervorragenden schottischen Richter in Anspruch nähme. Jede Sache würde überweisen sein, welcher den von ihm getroffenen Entscheidung dem ganzen Hause zur Genehmigung vorzulegen haben würde. Lord Granville stellt ein Amendement, laut dessen der Sonder-Ausschuß auch darüber sein Gutachten abgeben soll, was für einen Einfluß voraussichtlich die vorgeschlagene Aenderung auf den allgemeinen Charakter des Hauses ausüben werde. Der so amendirte Antrag wird angenommen und der Sonder-Ausschuß ernannt. Derselbe besteht aus dem Vordkanzler, dem Earl von Granville, dem Herzog von Somerset, dem Marquis von Salisbury, dem Earl von Derby, dem Earl Stanhope, dem Earl von Carnarvon, dem Earl von Ellenborough, Earl Grey, Earl von Aberdeen, Herzog von Argyll, Lord Redesdale, Lord Lyndhurst, Lord Brougham, Lord Abinger, Lord Elgin, Lord St. Leonards und Lord Glenelg. In der Unterhaus-Sitzung zeigte Sir de la Warr's an, er werde nächstens eine Resolution beantragen, welche einen Tadel gegen die Regierung ausspreche, insofern dieselbe Anordnungen, Truppen für das Krimm-Heer auszubeben, die ihr von Kanada aus gemacht worden seien, zurückgewiesen und statt dessen völkerrechtswidrige und fruchtlose Anwerbungen in den Vereinigten Staaten vorgenommen habe. — Als Antwort auf eine Frage Roebuck's entgegnet Lord Palmerston, es sei auf den folgenden Tag ein Subsidien-Komitee angelegt, und die Regierung sei geneigt, den Gang der Geschäfte nicht durch den von Roebuck angekündigten Antrag unterbrechen zu lassen. — Stanley fragt, ob die Sitzungen der neu ernannten Krimm-Kommission öffentlich sein werden und ob die Kommissare berechtigt seien, den Zeugen einen Eid abzunehmen. Lord Palmerston bejaht den ersten Theil der Frage, bemerkt jedoch, daß es dem Erweisen der Kommission überlassen bleibe, einzelne Punkte, in Bezug auf welche Verschwiegenheit wünschenswerth sei, im Geheimen zu verhandeln. Er beuge das Vertrauen, daß die Kommission diese Befugniß nicht missbrauchen werde. Eine eidliche Vernehmung von Zeugen

werde nicht stattfinden. — Ein Antrag Munch's auf Einsetzung eines Sonder-Ausschusses, der prüfen soll, inwiefern eine Reform des englischen Geldsystems wünschenswerth ist, wird mit 115 gegen 68 Stimmen verworfen. — Die Annuitäten-Bill geht durchs Komitee.

[Eine Vertbeidigung.] Der „Morning Herald“ bringt heute einen Brief von John Montresor, Major im 2. Jägerkorps der deutschen Legion, worin derselbe sein Bataillon und die deutsch-englischen Truppen überhaupt gegen die Angriffe in Schutz nimmt, denen dieselben in einem an das „United Service Journal“ gerichteten Schreiben vom letzten Sonnabend ausgesetzt gewesen sind. Der Brief von Major Montresor lautet wie folgt:

„Der Schreiber versichert, daß seit letzten Freitag Folstone ein Schauplatz völligen Aufruhrs gewesen sei, daß am Sonnabend die Aufruhr-Äkte verlesen wurden und viele Personen erheblich verwundet wurden. Das ist zum Theil wahr und sei darum zugegeben! Die Jäger waren an jenem Tage von einem Stellvertreter des General-Adjutanten inspiert worden, dessen schmeichehafter Bericht am besten zeigt, wie viel oder wie wenig er von dem Regimente hält. Dieser Inspektion folgte eine Aufregung, wie sie bei solchen Gelegenheiten an der Tagesordnung zu sein pflegt, und ernste Unruhen folgten. Vergleichen pflegt nicht auszubleiben, wo Tausende von Rekruten verammelt sind. Eine zweite Behauptung des anonymen Briefstellers, daß die Bezeichnung: „deutsches Bataillon“, die man diesen Truppen auch wohl sonst schon beigelegt habe, durchaus verdient erscheine, hat nicht Anspruch darauf, hier widerlegt zu werden. Ein dritter Auspruch, „daß sich die Jäger in einem völligen Zustande der Meuterei befänden und ihren Offizieren nicht mehr gehorchen wollten“, ist nicht mehr und nicht weniger als eine Lüge. Selbst in englischen Regimentern pflegen Verhältnisse gegen die Subordination häufiger vorzukommen, als wir sie erleben müßten, und der Respekt, den unsere Jäger nicht nur gegen ihre eigenen, sondern auch gegen fremde Offiziere an den Tag legen, ist von Fremden vielfach bemerkt worden. Ueber die Judenbengelanten in Sandgate befinde ich mich in glücklicher Unwissenheit; aber ich weiß um desto besser, daß jene Behauptung, „man habe den deutschen Rekruten zum zweitenmal durchsucht und auf diese Weise die Rekruten für unsere Jägerregimenter beschafft“, eine grobe Verleumdung ist. Ohne Ausnahme sind unsere Jäger nicht nur als Soldaten, sondern auch als bloßes Menschenmaterial, um ihres schmutzigen Aussehens willen, von zahllosen englischen Offizieren gelobt worden. Was die Bemerkung angeht, „es sei hohe Zeit, daß dieselben von englischen Offizieren kommandirt würden“, so scheint der Schreiber nicht zu wissen oder nicht wissen zu wollen, daß Oberstleutnant Jocelyn von der Hülfsliegarde, der allen Kämpfen in der Krimm beizuhelfen, der Befehlshaber derselben ist. Ich für mein Theil habe unter Gough, Napier und Campbell gedient und führe einen Namen, der allen „Männern von Kent“ hoffentlich bekannt ist, als jener anonyme „Mann vor Kent“, dem diese Zeilen der Erwiderung gelten.“

[Zweifel an Napoleons Aufrichtigkeit.] Der „Morning Advertiser“ fährt fort, die Aufrichtigkeit und Fortdauer der englisch-französischen Freundschaft zu bezweifeln. Er ist, nach wie vor, der Meinung, daß ein gutes Einvernehmen mit Oesterreich und Rußland dem Kaiser Napoleon ungleich mehr am Herzen läge, und entnimmt dem Umstande, daß die Kaiserin-Mutter, auf ganz speziellen Wunsch des Kaisers Franz Joseph, den Sternkreuz-Orden an die Kaiserin Eugenie verliehen habe, den Beweis, daß dieser Politik Louis Napoleons von Seiten Oesterreichs in bereitwilligster Weise entgegengekommen werde. Diese Ordensverleihung sei darum so bemerkenswerth, weil derselbe bis dahin nur an Edelbarnen ertheilt worden sei, die eine lange Reihe tadel- und fleckenloser Ahnen aufzuweisen gehabt hätten. Das Blatt schließt seine Betrachtungen mit folgenden Worten: „Louis Napoleon sucht einen offenen Bruch mit England zu vermeiden, weil er weiß, daß es bei dem gegenwärtigen Stand der europäischen Angelegenheiten sein sicherer Untergang sein würde; aber wenn Alles, was wir über den Gang seiner Politik erfahren, sich bestätigen sollte, so muß er über kurz oder lang die Wahrheit des Sprichworts kennen lernen, daß es unmöglich ist, es gleichzeitig mit den Hunden zu halten und mit dem Hasen zu laufen.“

[Militärisches.] Ordre ist ertheilt worden, daß alle zum Ersatzbataillon in Chatham gehörigen Mannschaften vor ihrer Einschiffung nach dem Kriegschauplatz oder nach den Kolonien im Gebrauch der Enfieldbüchse geübt sein müssen. In Folge davon sind gegen 30 Mann nach Hythe, wo eine Schießschule ist, abkommandirt worden, um bei ihrer Rückkehr als Instruktoren thätig sein zu können. — Bei den Werften zu Pembroke (an der Westküste) wird eine neue Batterie, die mit 7 Geschützen von sehr schwerem Kaliber armirt werden soll, errichtet. (England befestigt, wie es scheint, alle seine Kriegshäfen und Werften mehr und mehr.)

— Da die gestrige telegr. Depesche — London, 3. März — nicht mehr in alle Exemplare unserer Zeitung aufgenommen werden konnte, theilen wir dieselbe hier noch einmal mit. Sie lautet: „Morning Post“ meldet: Am Sonnabend wurden die Friedenspräliminarien zu Paris unterzeichnet. Die Bedingungen derselben seien den Vorschlägen Oesterreichs identisch. — New-Yorker Berichte vom 21. Februar bezeichnen die Stimmung des Senats als friedlich. Der Pacific wird immer noch vermist.

## Frankreich.

Paris, 3. März. Die Rede des Kaisers bei der heutigen Eröffnung der Legislative lautet:

„Meine Herren Senatoren! Meine Herren Deputirten! Als ich das letzte Mal Sie zusammenberief, waren Sie von ernstlichen Besorgnissen erfüllt. Die Heere der Allirten erschöpften sich bei einer Belagerung, deren hartnäckige Vertheidigung an einem Erfolge zweifeln ließ. Europa unsicher, schien das Ende des Kampfes erwarten zu wollen, bevor es sich aussprach. Zur Fortführung des Krieges forderte ich von Ihnen eine Anleihe, welche Sie einstimmig votirten, obgleich dieselbe als außerordentlich erscheinen konnte. Das Steigen der Preise der Lebensmittel drohte in der arbeitenden Klasse eine allgemeine Mißstimmung zu erzeugen, und eine Störung in dem Geldsystem ließ eine Verminderung des Geschäftsverkehrs und der Arbeit befürchten. Nun, Dank Ihrer Mithilfe und der in Frankreich und England entfalteten Energie, Dank vor Allem dem Schutze der Vorsehung, sind diese Gefahren, wenn nicht gänzlich verschwunden, doch zum größten Theil überwunden.“

Eine große Waffenthat entschied zu Gunsten der Heere der Allirten einen erbitterten Kampf, einen Kampf ohne Beispiel in der Geschichte. Die Stimme Europas hat sich von diesem Augenblicke an offener ausgesprochen. Ueberall haben sich unsere Bündnisse erweitert und befestigt. Die dritte Anleihe wurde ohne Schwierigkeiten gedeckt. Das Land hat mir von Neuem sein Vertrauen bewiesen, indem es eine fünf Mal größere Anleihe zeichnete, als ich gefordert. Es hat mit einer bewundernswürdigen Entfaltung die mit der Theuerung der Lebensmittel ungetrennlichen Leiden ertragen, welche indeß durch den Eifer der Munizipalitäten, und durch die Summe von 10 Millionen, die in den Departements vertheilt wurden, gemildert worden sind. Jetzt bewirken die Zufahren von fremdem Getreide ein merkliches Sinken der Getreidepreise. Die durch das Verschwinden des Goldes entstandenen Befürchtungen haben sich vermindert, und zu keiner Zeit waren die Arbeiten ruhiger, die Einnahmen beträchtlicher. Die Wechselfälle des Krieges haben den militärischen Geist der Nation wieder erweckt. Niemals gab es so viele freiwillige Einstellungen, noch so viel Eifer unter den Dienstpflichtigen, welche das Loos dazu bestimmte. Zu dieser kurzen Auseinandersetzung der Lage gesellen sich Thatsachen von hoher politischer Bedeutsamkeit. Die Königin von England, um einen Beweis von

ihrem Vertrauen, von ihrer Achtung für unser Land zu geben, und um unsere Beziehungen enger zu schließen, ist nach Frankreich gekommen. Der enthusiastische Empfang, der ihr hier zu Theil wurde, mußte ihr beweisen, wie tief die Gefühle waren, welche sie durch ihre Gegenwart hervorrief, und wie dieselben geeignet waren, das Bündniß beider Völker zu befestigen. Der König von Sardinien, der ohne weiteren Rückblick (qui sans regarder derriere lui) sich unserer Sache mit jenem muthigen Aufschwung angeschlossen hatte, welchen er schon auf dem Schlachtfelde bewiesen, ist ebenfalls nach Frankreich gekommen, um ein durch die Tapferkeit seiner Soldaten bereits befestigtes Bündniß zu weihen.

Diese Souveräne vermochten ein Land zu sehen, das bis vor Kurzem so bewegt und seines Ranges im Rathe Europas entkleidet, heute friedlich gekehrt, und geachtet den Krieg nicht mit der augenblicklichen Aufregung der Leidenschaft, sondern mit der Ruhe der Gerechtigkeit und mit der Energie der Pflicht führt. Sie sahen Frankreich, welches 200,000 Mann über die Meere schickte, zu gleicher Zeit in Paris alle Künste des Friedens versammeln, als hätte es zu Europa sagen wollen: der gegenwärtige Krieg ist für mich bis jetzt nur eine Episode, meine Gedanken und meine Kräfte sind zum Theil immer auf die Künste des Friedens gerichtet, vernachlässigen wir nichts, um uns zu verständigen, u. zwingt mich nicht, auf die Kampfplätze alle Hülfquellen und die ganze Machtfälle einer großen Nation zu werfen. Dieser Ruf scheint verstanden worden sein und der Winter, der die Feindseligkeiten unterbrach, hat die Dazwischenkunft der Diplomatie begünstigt. Oesterreich entschloß sich zu einem entscheidenden Schritt, welcher in die Verhandlungen den ganzen Einfluß des Souveräns eines mächtigen Reiches brachte.

Schweden schloß sich enger an England und Frankreich durch einen Vertrag an, der die Integrität seines Territoriums garantierte. Schließlich kamen von allen Kabinetten nach St. Petersburg Rathschläge oder Bitten. Der Kaiser von Rußland, Erbe einer Frage, die er nicht hervorgerufen, schien von dem aufrichtigen Wunsch befeelt, den Ursachen, welche diesen blutigen Konflikt hervorgerufen hatten, ein Ende zu machen. Er nahm mit Entschlossenheit die durch Oesterreich übermittelten Vorschläge an. Der Waffenehre Genüge geleistet, hieß dies eben sowohl sich selbst ehren, als auch dem von Europa klar ausgesprochenen Wunsche nachkommen. Augenblicklich find die Bevollmächtigten der kriegführenden und der allirten Mächte in Paris versammelt, um über die Bedingungen des Friedens zu beschließen. Der Geist der Mäßigung und der Billigkeit, welcher sie alle befeht, muß uns ein günstiges Resultat hoffen lassen. Nichtsdestoweniger lassen Sie uns mit Würde das Ende der Konferenzen erwarten und seien wir zugleich bereit, wenn es sein muß, sei es von Neuem das Schwert zu ziehen, sei es die Hand denen zu reichen, welche wir ehrlich bekämpft haben. Was auch kommen möge, beschäftigen wir uns mit allen Mitteln, geeignet, die Kraft und den Wohlstand Frankreichs zu vermehren. Knüpfen wir noch enger, wenn es möglich ist, das durch gemeinsamen Ruhm und gemeinsame Opfer gesessene Bündniß, dessen gegenseitige Vortheile der Friede noch besser herausstellen wird. Sezen wir schließlich in diesem für das Geschick der Welt feierlichen Augenblicke unser Vertrauen auf Gott, daß Er unsere Anstrengungen in dem für die Interessen der Humanität und der Civilisation geeignetsten Sinne leite.“

[Die Verhandlungen.] Der B. V. Z. wird telegraphisch gemeldet: Die Schwierigkeiten, welche den Frieden bisher in Frage stellten, sind durch eine von Drloff in der dritten Konferenz-Sitzung abgegebene Erklärung gehoben. Detailsberathungen werden sofort beginnen. Es ist verabredet, daß die Friedenspräliminarien noch vor dem Ablaufe des Waffenstillstandes ratifizirt werden müssen. Die Nachgiebigkeit Englands ist den letzten Versignys in London zu verdanken. — Der legislative Körper, welcher heute eröffnet ist, soll nach wenigen Sitzungen aufgelöst werden.

Paris, 1. März. [Ali Pascha; die russischen Bevollmächtigten.] England hat es verstanden, die Pforte mit demselben Mißtrauen gegen Frankreich zu erfüllen, welches die neuesten Mäuren der englischen Staatsweisheit verrathen, und Ali ist in das Garn gegangen. Der Türke ist mißtrauischen Charakters von Natur und wird dadurch weilsichtig nach der einen und kurzichtig nach der andern Seite hin. Rußlands Feindschaft, hat man ihm gesagt, ist Euch minder gefährlich, als Frankreichs Freundschaft, wenn Frankreich mit Rußland im Bunde ist. Ali richtet sich nach diesem Spruche, als stände er im Koran, und geht mit einem unüberwindlichen Argwohn an Clarendon's Schleppe. In der zweiten Konferenzsitzung ist dies zu Tage gekommen, und alle Welt weiß davon zu erzählen; denn die türkische Diplomatie hat keine Geheimnisse. Scheitert der Friede wirklich noch, so wird die Welt die Klippen kennen, an welchen er gescheitert ist. — Louis Napoleon erweist den Bevollmächtigten Rußlands eine überraschend große Aufmerksamkeit. Sie speisten gestern Abend in den Tuilerien, und man versichert, daß nach aufgehobener Tafel der Kaiser mit den beiden Vertretern der nordischen Macht in einem tête à tête von beinahe einer Stunde zugebracht habe. Man legt dem Grafen Drloff sehr energische Worte in den Mund. Einer Dame, die ihn fragte: „Werden wir Frieden haben?“ soll er die Antwort ertheilt haben: „Man muß sehen, für welchen Preis er zu erlangen ist; er darf nicht theurer sein, als der Krieg.“ Herr von Seebach wohnte diesem Diner gleichfalls bei. Er ist gewissermaßen Rußlands dritter Bevollmächtigter und dient noch jetzt zur Vermittelung gewisser diplomatischer Geschäfte, welche auch während eines Krieges zwischen civilisirten Staaten nicht ganz abgebrochen werden können.

Paris, 2. März. [Konferenz-Eröffnungsreden; Trauerfeier für Kaiser Nikolaus.] Die Eröffnungsrede, welche Graf Walowski in der ersten Sitzung hielt, ist heute ihrem allgemeinen Inhalte nach bekannt geworden. Man erkennt daraus, daß Frankreich sich ernstlich um den Frieden bemüht, und daß es Rußlands Opferwilligkeit die verdiente Anerkennung gewährt. Die Rede des franz. Ministers war fest und dennoch gemäßig, sie vereinigt mit dem Bewußtsein dessen, was man der Würde der franz. Nation und der Ehre ihrer Waffen schuldet, die Rücksichten, auf die ein tapferer und noch unbeflegter dastehender Gegner gerechten Anspruch hat. Denselben Geist athmete Drloffs Erwiderung, die eine mehr militärische, als diplomatische Teinture hatte. Ich habe Ihnen eine charakteristische Aeußerung aus dieser Rede bereits mitgetheilt: „Sie mögen Rußland zumuthen, sich Hände und Füße abschnitten zu lassen, das ist eine Forderung, über die man verhandeln darf; aber sich selbst die Ehre abzuschneiden, darüber kann Rußland niemals verhandeln.“ Diese drastische Rede, die man hier mit der Versicherung, daß sie wörtlich sei, in demselben schlechten Französisch und mit den Sarmatismen, deren Drloff sich zu bedienen pflegt, in den Salons umherträgt, soll eine gute Wirkung auf den Kaiser hervorgebracht haben. Einen vorzüglichen Ausdruck der Achtung, welche Louis Napoleon seinem Gegner zollt, erblickt man in dem Umstande, daß der Kaiser eine Gedenkfeier zum Tode des Kaisers Nikolaus, nicht etwa gestattet, sondern angeregt hat. Ich kann versichern, daß Louis Napoleon den Grafen Drloff auf den Ge-



danke geführt hat, der gerechten Trauer der hier lebenden Russen diese Genugthuung zu gewähren; und daß demnach Herr v. Seebach veranlaßt wurde, die weiteren officiellen Schritte in dieser Angelegenheit zu thun. Eine Kapelle in der Rue neuve de Verch wurde für diesen Trauergottesdienst eingerichtet. Ein griechischer Priester höhern Ranges, der dem Gefolge der Bevollmächtigten angehört, verrichtete eine Messe. Sämmtliche Russen, welche jetzt die Gäste von Paris sind, die Bevollmächtigten in erster Reihe, im Ganzen nahe an 100 Personen, die Prinzessin Mathilde, eine ansehnliche Zahl von Personen aus dem kaiserl. Hofhalt, und von den Diplomaten Graf Hatzfeldt, Baron Seebach, Graf Buol, Hr. v. Hübner und ihre Beamten, sah man in einer glänzenden Versammlung um 10 Uhr Morgens in jener Kapelle vereinigt, um ihre Verehrung für einen großen Todten und zugleich ihre Anerkennung des großen Sinnes, den Louis Napoleon bei dieser Gelegenheit an den Tag gelegt hat, auszudrücken. (B. B. 3.)

[Zum Kongress.] In Ermangelung von Nachrichten über die Verhandlungen der Diplomaten im Friedenskongresse, erzählen die Pariser Journale mit lächerlicher Genauigkeit Alles, was sie von der Disposition des Zimmers, der Tische und der Schreibmaterialien erfahren können. „Auf dem grünen Teppich des Tisches, sagt das „Pays“, liegen alle zum Schreiben erforderlichen Gegenstände, Papier verschiedener Formate, Couverts, Federn, Bleistifte und Siegelack. Aber es stehen nicht 12 Dintenfässer auf dem Tisch, sondern nur 6. Gines für jede Nacht.“ — Das ist etwas stark. — Dafür wird aber das „Pays“ vom „Siecle“ gegengeheißt: „Diese Aufschlüsse — sagt es, nachdem es die wichtigsten Nachrichten des „Pays“ mitgeteilt — sind voll des höchsten Interesses: aber wir bemerken eine Sache, die ernstere Beachtung werth wäre. Es sind nur 6 Schreibzeuge, eins gemacht.“ — Ist diese Zahl von Puffendorf, Batel oder einem andern diplomatischen Kasuisten festgestellt worden? Wenn, wie man behauptet, die Minister und Begiere an der einen Seite des Tisches und ihre Coadjutoren auf der andern Seite sitzen, wie werden sie es anfangen, um sich denselben Dintenfässer zu bedienen? Nach welcher Reihenfolge werden sie ihre Federn eintauchen? Was wird die Folge sein, wenn durch ein unglückliches Mißverständnis Sardinien das österreichische Dintenfaß in Kontribution sehen würde? Das „Pays“ nimmt es etwas leicht, solche Fragen anzulegen, ohne gleichzeitig die Lösung zu bringen. Es ist wahrscheinlich, daß der Wiener Korrespondent des „Constitutionnel“ nach Paris auswandern wird, um uns über dieses casus-belli-Problem aufzuklären.

[Depesche.] Aus Marseille, 1. März, wird telegraphirt: „Der Text des Dekrets, welches am 21. Februar in Konstantinopel erlassen wurde, besagt, daß die Europäer das Recht haben sollen, Grundeigentum zu besitzen, daß in der Ausübung der bürgerlichen Rechte zwischen Mohammedanern und Christen vollständige Gleichheit herrschen werde, und daß letztere der Zahlung verschiedener Auflagen, so wie dem Militärdienste unterworfen werden sollen; doch bleibt ihnen die Freiheit vorbehalten, Stellvertreter zu stellen. Jede Bezeichnung, welche der Art ist, daß sie an eine Untergeordnetheit der einen Race unter die andere erinnert, ist untersagt, und zwar sowohl in öffentlichen Erlassen, wie in Privatverträgen. Die Patriarchen werden auf Lebenszeit ernannt, der Klerus erhält festes Gehalt, und seine Güter werden von einem aus seinen Glaubensgenossen zusammengesetzten Rathe verwaltet. Es soll gemischte Gerichtshöfe geben. Der Unterricht ist frei, doch unter Beaufsichtigung gemischter Kommissionen. Unter anderen Reformen wird auch das den Provinzial- und Gemeinderäthen bewilligte Recht genannt, die Initiative zu Unterstützungen bei öffentlichen Arbeiten zu ergreifen, Banken zu errichten und das Geldwesen des Reiches zu regeln. Das Dekret des Sultans ist in einer Million Exemplare vertheilt worden.“

## Belgien.

Brüssel, 27. Februar. [Das Auswanderungsfieber] greift in manchen Distrikten Belgiens so um sich, daß bald ganze Dörfer leer stehen werden. Es giebt Noläre, die für die nächsten 3 Wochen an jedem Tage Verkäufe festgelegt haben. Der Werth des Grundeigentums sinkt, die Handarbeit wird bald viel theurer werden. Der Grund davon liegt in den Briefen, welche von früher Ausgewanderten hier aus Nordamerika eintreffen, des Sonntags vor der Kirche vorgelesen werden und Alle zu dem Entschlusse veranlassen, ihnen zu folgen.

## Italien.

Rom, 21. Februar. [Katholische Bestrebungen.] An dem Krieg gegen Rußland hat sich kaum eine andere außerhalb des eigentlichen Konflikts stehende Partei mit lebhafteren Sympathien betheiligt, als die kirchliche römisch-katholische Konfession. Selbst Pius IX. soll einmal scherzhaft auf die bizarre Kombination hingewiesen haben, derzufolge das Papstthum diesmal mit dem türkischen Großherrscher gehen müsse. Andere erinnerten mit Seufzen an die schöne Gelegenheit, welche sich der abendländischen Kirche darboten, sich die Schismatiker des Orients wieder zu gewinnen. Jetzt ist diese Angelegenheit in ein weiteres Stadium getreten: man arbeitet im Vatikan ernsthaft und eifrig an einer Ausgleichung der zwischen den Griechen und dem römischen Stuhl obwaltenden Streitigkeiten, und man hofft sicher darauf, wenigstens die Unterthanen der Pforte dem russischen Einfluß zu entreißen. Gewichtigen Aeußerungen nach zu schließen, muß man seiner Sache ziemlich gewiß sein, und das vor längerer Zeit aufgetauchte Gerücht, Louis Napoleon wolle bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen die Sophienkirche in Konstantinopel dem römisch-katholischen Kultus zurückgeben lassen (?), erhält dadurch, so abenteuerlich es auch klingt, eine gewisse Bedeutung. (A. 3.)

## Spanien.

Madrid, 24. Februar. [Feiertag; Erdbeben.] Eine große, bürgerlich-religiöse Feier hatte am 14. und 15. Februar in Granada statt; bei Gelegenheit der Uebergabe eines reichen Mantels und anderer werthvoller Gegenstände, welche die Königin Unserer lieben Frau de las Angustias verehrt hatte und durch den Herzog von Abrantes und einen Abgeordneten der Provinz dem Erzbischof zustellen ließ. Die königl. Gesandten wurden am 14. in Procession nach der Kirche Maria Santissima de las Angustias gebracht. Alle Behörden, die Korporationen, Truppen und Nationalgarden bildeten das Geleit. Den nächsten Tag wurde die Bildsäule der Jungfrau, mit ihrem neuen Schmuck angethan, feierlich durch die Stadt getragen, 4000 Pfd. Brode und eine Summe von 1000 Gr. an die Armen vertheilt. Abends fand im Theater außerordentliche Vorstellung zum Besten des Armen-Zusuchthauses statt. Am 18. Morgens wurde in Granada ein starker Erdstoß verspürt, der mehrere Augenblicke dauerte. Um 1 Uhr Nachmittags wiederholte er sich. [Ein- und Ausfuhr.] Nach Konfularberichten über den Handel von Santander im J. 1855 betrug die Gesamtanfuhr 100 Mil. 146,320 R., die Einfuhr 73 Mil. 667,000 R. Darunter 6,812,000

R. aus Frankreich und 737,000 R. aus den Niederlanden, bei denen die deutschen Transitwaaren mit einbegriffen sind, deren Betrag sich indessen nicht abschätzen läßt. Nur das ist unbestritten, daß die deutschen Quincailerie- und kurze Waaren, wie desgleichen Posamentier- u. Gummiwaaren, wie andrer Seits Farbwaaren seit Jahren in Santander sehr in Aufnahme gekommen sind. Auch wird der Berliner Sammet wegen seiner Güte und Wohlfeilheit dem engl. und franz. vorgezogen. Die Beihilfe der preussischen Rhederei bei der Schifffahrt von Santander war aber nur sehr unbedeutend. Denn unter den 1375 Schiffen, welche mit einem Gehalt von 116,398 Tonnen dort einliefen, befanden sich nur 4 preussische mit 1150 Tonnen Gehalt und diese waren nicht einmal direkt, sondern aus Nantes mit Ballast dahin gekommen. Es ist selbstverständlich, daß dies den Preis der deutschen Waaren, welche nur im Transitwege bezogen werden konnten, bedeutend erhöhen mußte.

[Schifffahrt.] In Sevilla liefen im J. 1855 420 Schiffe mit 44,140 Tonnen Gehalt ein; darunter waren 10 preussische, u. zwar 3 aus Danzig und Memel mit Holzern, 1 aus Liverpool mit Kohlen und Eisen, die andern mit Ballast. (P. C.)

Madrid, 25. Februar. [Cortes; Arbeiterunruhen.] Am Schlusse der vorgestrigen Cortessitzung fragte Herr Batiles, unter heftigen Aeußerungen über die Eingriffe, welche die Geistlichkeit und der Papst sich gestatte, weshalb die Verbreitung einer kürzlich dahier gedruckten Bibel verboten worden sei, deren Text doch mit jenem aller bisher approbirtten Bibeln ganz genau übereinstimme. Der Minister des Innern räumte die Richtigkeit der Angabe des Fragestellers ein, rechtfertigte aber das Verfahren der Behörde durch Verweisung auf ein nicht aufgehobenes Gesetz von 1820 und tadelte mit Strenge die Ausfälle des Herrn Batiles gegen das Haupt der Kirche und ihre Diener. — Der Minister des Innern unterrichtete in der heutigen Sitzung die Cortes von Aufsehbungen zu Malaga, die am 21. stattfanden, und wobei ein Polizeinspektor, da der Volkshaufe sich der Aufforderung der Behörden widersetzte, bedenklich verwundet wurde. Der Minister fügte bei, daß gegenwärtig die Ruhe völlig hergestellt sei und daß die Schuldigen strenge Strafe treffen werde. — Ein Antrag Jorilla's, daß vor Volition des Budgets und der Wahlgesetz-Bestimmungen kein neues Gesetz zur Verabreichung kommen solle, wurde heute von den Cortes genehmigt. — Unter den beim Bau der neuen Münze beschäftigten Arbeitern brachen gestern Unruhen aus. Der Civilgouverneur begab sich mit der bewaffneten Macht dahin und stellte durch Verhaftung der Räufelstörer die Ruhe rasch her.

[Eine Depesche] vom 29. Febr. lautet: „Ein Vergleich ist im Werke bezüglich des Finanz-Einkurses von Santa Cruz zwischen den abweichenden Ansichten der Regierung und der Deputirten. — In Malaga herrscht Ruhe; die Waffen wurden niedergelegt. Neun Personen sind verhaftet worden.“

## Rußland und Polen.

Warschau, 27. Febr. [Der Nachlaß des Fürsten Paskevitch.] Der verlebte Fürst Paskevitch hat über sein auf circa 70 Millionen poln. Gulden sich belaufendes Vermögen folgende Verfügung getroffen: Der Sohn, Fürst Theodor, erhält 30 Millionen zum größten Theil in Gütern, während den zwei Töchtern, der Fürstin Wolskaja und der Fürstin Labanow-Roskowska, je 20 Millionen zufallen. Der verwitwete Fürst ist in dem Testamente nicht vermacht worden, weil sie nächst dem eigenen Vermögen auch eine jährliche Pension von 30,000 S.-Rubel als Witwe des kaiserl. Statthalters aus dem Staatskasse bezieht.

## Türkei.

Konstantinopel, 28. Februar. [Getreide-Ausfuhr.] Eine offizielle in Bremen eingetroffene Depesche meldet: Die Pforte erlaubt die Getreide-Ausfuhr nach den Häfen am Mitteländischen Meere, im Archipel und am Adrialischen Meere.

## Donaufürstenthümer.

Jassy, 20. Febr. [Fürst Ghika u. die österreichische Okkupation.] Die fürstliche Regierung hat ein Stempelgesetz erlassen, welches zwar erst am 25. April in Wirksamkeit treten soll, aber doch schon jetzt vielfach besprochen wird, weil mit den fremden Konsuln eine Differenz herrscht über die Frage, ob auch deren Schutzbefohlene zur Benutzung der Stempelbogen bei Klagen verpflichtet seien. Ueberhaupt wünscht Fürst Ghika vor der Niederlegung seines Amtes noch einige Bestimmungen im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt als Gesetz zu erlassen. Während der österreichischen Okkupation dürften indessen ihrer Ausführung mancherlei Hindernisse im Wege stehen. Ich will nur einen Fall erwähnen, der zur Rechtfertigung dieser Besorgnis geeignet ist. Im Dezember v. J. führte die fürstliche Regierung Beschwerde gegen den österreichischen Kommandanten v. Roman, welcher den moldauischen Administrator daselbst als Beamten vorgeladen und durch Drohungen in seiner Amtsstube gezwungen hatte, vor der österreichischen Stadt-Kommandantur zu erscheinen. Der Grund war, daß der Administrator vom österreichischen Statisten Luponi die Auslieferung eines entsprungenen Arrestanten verlangte, welchen er in sein Haus aufgenommen hatte, und deshalb einen walachischen Gensdarmen an ihn absandte. Eine gemischte Untersuchungs-Kommission stellte in Folge dessen fest, daß der Statist sich vieler Gefühlswidrigkeiten gegen die Anordnungen des walachischen Administrators hatte zu Schulden kommen lassen. Nichts desto weniger wurde die walachische Regierung durch General Baar dahin beschieden, daß das österreichische Militär nicht nur berufen, sondern sogar verpflichtet sei, mit militärischer Autorität einzuschreiten (in Civilsachen?), und die Regierung ward ersucht, die Unterbehörden zu veranlassen, bei strenger Verantwortung die Rechte der österreichischen Unterthanen zu respektiren u. d. Der österreichische Kommandant ist also faktisch Richter über alle Streitigkeiten, die zwischen einer walachischen Behörde und österreichischen Unterthanen vorkommen. (A. 3.)

## Asien.

[Neueste Nachrichten.] Den „Times“ werden aus Triest folgende mit der letzten Ueberlandpost (Bombay vom 2. Februar) eingegangene Nachrichten telegraphirt: Auch wird den britischen Besatzungen einverleibt; General Duttam fungirt dabei als Ober-Kommissar. — Lord Canning, der neue General-Gouverneur von Ostindien, ist am 28. Januar in Bombay eingetroffen. — Von Ostindien wurden die britischen Dampfer „Ajda“ und „Victoria“ zur Wahrung englischer Interessen nach dem persischen Golf entsendet. Die chinesischen Insurgenten scheinen im Nachtheile, Lutschulu wieder in Händen der Kaiserlichen zu sein.

## Amerika.

[Zufuhren aus den deutschen Zollvereinsstaaten.] Der von dem Minister der Vereinigten Staaten, Herrn Guthrie, ver-

öffentlichte Jahresbericht über den Handel und die Schifffahrt der Vereinigten Staaten im Verwaltungsjahre 1854—55 widmet diesmal dem Zufuhren aus den deutschen Zollvereinsstaaten eine besondere Tabelle. In der Tabelle befindet sich der Inhalt zunächst nur auf Waarensendungen über den Hafen von New-York, wo ein Beamter des Zollhauses lediglich damit beschäftigt ist, die Fakturen nach den deutschen Ursprungsorten der Waare zu sortiren. In den übrigen Häfen, deren zollvereinsländische Einfuhren übrigens einschließlich der kalifornischen Häfen nicht über ein Geschloß der Einfuhren über New-York betragen, ist eine ähnliche Einrichtung bis jetzt noch nicht getroffen worden. Nach jener Tabelle belief sich der Gesamtwert der letzteren in dem angegebenen Finanzjahre auf 12,835,530 Dollars oder 18 Millionen Preussisch; Preußen war bei diesem Betrage mit 7,624,562 D. (10 Millionen Thaler) vertreten. Für 7,119,728 Dollars war über Bremen, für 2,635,441 Dollars über Hamburg zugeführt worden, ein Zahlenverhältnis, welches in der direkten Dampfschiffahrtsverbindung zwischen Bremen und New-York seine Erklärung findet. In diese Zahlen sind natürlich diejenigen Sendungen nicht mit einbegriffen, welche von Deutschland nach England, Frankreich, Belgien und Holland für Rechnung dortiger Häuser verschifft werden und von dort mit neuen Fakturen der betreffenden Ausfuhrhäfen versehen nach den Vereinigten Staaten gelangen. Der Betrag dieser indirekten Einfuhr ist schwer zu ermitteln. (P. C.)

[Einwandererschutz.] Schon seit Langem ging man damit um, eine förmliche Aktien-Gesellschaft zur Beförderung der Einwanderung in Brasilien ins Leben zu rufen. Diese Sache ist, nach neuerdings uns zugegangenen Nachrichten, jetzt insofern der Verwirklichung näher gerückt, als die brasilianische Regierung nun schon Statuten für eine solche Gesellschaft entwerfen ließ und diesem Statutenwurf bereits ihre Genehmigung erteilte. Nach Titel 2 dieser Statuten soll die Gesellschaft mit einem Kapital von 1000 Contos, dargestellt durch 10,000 Aktien von je 100 Milreis, gebildet werden. Dies Kapital soll durch Beschluß der Aktionäre und unter Genehmigung der Regierung vergrößert werden können. Die Bildung der Gesellschaft soll vorläufig auf 10 Jahre erfolgen. Es ist jedoch abzuwarten, ob die durch das angeführte Dekret genehmigte Bildung dieser Gesellschaft wirklich von Staaten gehen und ob die eventuellen Bemühungen einer solchen in Europa wirklich Anklang finden. Gleichzeitig hat die brasilianische Regierung dem Vernehmen nach eine Uebersicht aller Begünstigungen, welche Auswanderern bei ihrer Ankunft in Brasilien in Beziehung auf Zölle, Hafengelder u. s. w. zu Theil werden, zusammenstellen lassen; sie beschäftigt sich ferner mit Ausstellung eines Reglements, welches Schiffer und Rheder beim Transport von Einwanderern nach einem brasilianischen Hafen zu beobachten haben, und scheint sogar ernstlicher als bisher mit dem Gedanken umzugehen, die Gesetze in Betreff der Verwaltung von Verlassenschaften ohne Testament verstorbener Personen zu ändern.

## Lokales und Provinzielles.

Δ Posen, 4. März. [Die Schulbeiträge der Ortsgeistlichen und Rittergutsbesitzer.] Es ist vor einiger Zeit (s. Nr. 284 vom vor. J.) in diesen Blättern ein gerichtliches Erkenntnis mitgetheilt, durch welches ein Ortsgeistlicher verurtheilt worden ist, als selbständiger Einwohner des betreffenden Schutzkreises auch unter Zugrundelegung der landrechtlichen Bestimmung §. 29 und 34 Tit. 12, Th. II, die regelmäßigen Beiträge zur Unterhaltung der Elementarschule, gleich jedem andern selbständigen Einwohner (nach landrechtlichem Ausdruck „Hausvater“) zu entrichten. Diese Frage war eigentlich, seitdem sie überhaupt zur Sprache gekommen ist, nicht zweifelhaft gewesen. Nach den Landesgesetzen waren die Ortsgeistlichen gleich den Elementarlehrern zwar der Regel nach von den gewöhnlichen kommunalabgaben befreit; da indessen die elementare Konfessionsschule der Regel nach keine kommunale, sondern eine Sozietätsanstalt ist, und Ausnahmen oder Privilegien nach allgemeiner Rechtsregel strictissime, d. h. einschränkend, ausgelegt werden müssen, so konnte die Folgerung nur sein, daß die Geistlichen von den Schulbeiträgen als Sozietätslasten nicht befreit waren, wenn nicht irgendwo an einem bestimmten Orte eine ganz besondere Obervanz oder ein Recht auf Befreiung sich für den Ortsgeistlichen gebildet hatte. Die Verwaltungsbehörden nahmen aber auf Grund einer Ministerialanweisung aus dem Jahre 1850 an, daß eine solche befreiende Obervanz als eine allgemeine in der hiesigen Provinz keineswegs nachgewiesen, sondern in jedem speziellen Falle erst geltend zu machen sei. Nach dem neulich mitgetheilten Erkenntnis geht indessen die Ansicht der Gerichte, und wir glauben, in richtiger Anwendung der bestehenden Gesetze und allgemeinen Rechtsgrundsätze, von jener Ansicht der Verwaltungsbehörden wesentlich ab. Die Gerichte nehmen nämlich an, daß bei dem Bestimmen und klaren Ausdruck des Landrechts, wonach jeder selbständige Einwohner ohne Ausnahme zur Schule beitragen soll, eine Obervanz zu Gunsten der Geistlichen sich gar nicht hat bilden können, sondern daß, wenn gegen eine bestimmte gesetzliche Regel irgend eine Ausnahms in Anspruch genommen wird, diese Ausnahme als ein besonderes Recht förmlich erworben sein muß, was aber durch bisher bloß veräußerte Heranziehung der Geistlichen niemals geschehen konnte. Wir glauben, daß die Verwaltungsbehörden nicht umhin können, diesen Rechtsgrundsatz als durchgreifend anzuerkennen, und überall da, wo Schulgemeinden von ihren Ortsgeistlichen Beiträge zur Unterhaltung der Schule verlangen, denselben hierbei mit ihrer administrativen Hilfe im Interesse der meist nur gering dotirten Schulen beizustehen. Den Ortsgeistlichen durch die Hinterfuhr des Schul-Inspektors wieder aus seiner Verpflichtung zu entlassen, würden wir jedenfalls für eine eben so künfftliche als unbillige Maßnahme halten.

Es ist auch in der That kein Grund abzusehen, weshalb gerade der Ortsgeistliche der einzige Einwohner des Schutzkreises sein sollte, welcher an der Erhaltung des Schulwesens kein Interesse haben und also der einzige sein sollte, welcher von allen Lasten dafür befreit bliebe.

Der Umstand, daß der katholische Geistliche überhaupt keine Kinder zur Schule schickt, und der evangelische Geistliche wahrnehmlich in den meisten Fällen von der Ortsselementarschule für seine Kinder ebenfalls keinen Gebrauch machen wird, kann nicht als durchgreifend passiren; denn das Landrecht sagt ausdrücklich: sämtliche Einwohner, ohne Unterschied, ob sie Kinder haben, oder nicht.

Der Rittergutsbesitzer wird seine Kinder ebenfalls wohl nie zur Dorfschule schicken, und doch wird der Rittergutsbesitzer in ganz hinreichender Weise zur Unterhaltung der Elementarschule herangezogen.

Das gesetzliche Verhältnis liegt hier so. Entweder steht der Rittergutsbesitzer im Verhältnis als Patron, Guts herrschaft, Dominium, zur Schule; dann treffen ihn die §§. 33 u. 36 Tit. 12, Th. II. des A. L. R. erwähnten Lasten, der unentgeltlichen Hergabe des Baumaterials bei Herstellung und Reparatur des Schulgebäudes, so wie der subsideären Verbindlichkeit, die Ausfälle seiner Leute bei den Schulabgaben seinerseits zu decken. Meistens hat sich der Patron oder die Guts herrschaft (Fortsetzung in der Beilage.)



in hiesiger Provinz aber auch bei Vollendung der Schule schon durch unentgeltliche Hergabe von Land, so wie durch freiwillige Bereiterklärung zur jährlichen Lieferung von Holz, Natural-Getreide, Kuhweide u. s. w. erheblich an der Erhaltung der Schule theilhaftig. Oder die Gutsbesitzer nicht in diesem Patronatsverhältnis zur Schule, dann werden von ihr die regelmäßigen Hausvaterbeiträge gleich wie von jedem andern Einwohner erhoben. So man geht hierbei so wenig scrupulös zu Werke, daß z. B. Gutsbesitzer, welche die Patronatslasten bereits gegen die kathol. Schule ihres Orts vollständig leisten, außer den selben auch noch zu den vollen Hausvaterbeiträgen für benachbarte evangelische Elementarschulen herangezogen werden, wenn die Gutsbesitzer zufällig für ihre Person ebenfalls zu der evangelischen Konfession sich bekennen. Wo mehrere Schulen auf ihren Territorien liegen, zahlen sie doppelt und dreifach. Mehr kann man, unsres Bedünkens, doch wohl nicht verlangen.

**Posen, 3. März.** [Schwurgerichts-Verhandlungen.] Die Eröffnung der Sitzungsperiode erfolgte heute unter dem Vorsteher des Kreisgerichtsraths Thiel. Als Beisitzer fungiren der Kreisgerichtsrath Neumann, so wie die Kreisrichter Feinke, Gähler und Baumermeister. Die Einberufung von Ergänzungsgeschwornen war nicht erforderlich, da 28 Geschworne erschienen waren; die Verhandlungen konnten daher so gleich beginnen, boten aber, da sie nur gewöhnliche schwere Diebstähle betrafen, ein allgemeines Interesse nicht dar.

**Aus dem Kreise Samter, 2. März.** [Mord.] Vor einiger Zeit ging ein jüdischer Handelsmann aus Wronke auf das Land, um Felle zu kaufen. Er trat bei einem Schäfer, dem er einige Groschen schulde, an, um diese zu bezahlen. Der Schäfer begleitete ihn bis in den nahen Wald, wo er dem Handelsmanne nicht nur die Felle und das Geld abnahm, sondern ihn auch erschlug und den Leichnam verscharrte. Erst 14 Tage nach dem Mord wurde letzterer aufgefunden. Mehrere Tage später kam der Schäfer nach Wronke, um die dem Erschlagenen abgenommenen Felle zu verkaufen, begab sich auch zu der Wittve des Ermordeten, und gab dieser in Gegenwart der vier unterzogenen Kinder des Ermordeten sein Bedauern über das Unglück zu erkennen. Durch spätere Äußerungen machte er sich indes verdächtig, wurde noch in Wronke ergriffen, und soll — so erzählt man sich — schon bei seiner Verhaftung der That geständig gewesen sein.

**Stitzke, 2. März.** [Betrug.] Vor ein Paar Wochen kam der Schuhmacher M. aus Rozbitz zum hiesigen Fleischer H., dessen Schwester den M. als Pflegeohn angenommen und erzogen hatte, und erbat sich dessen Pelschaft, angeblich, um einen Brief zu siegeln. Nicht wenig erstaunte nun H., als ihm am vorigen Sonntage zwei Wechsel resp. über 100 und 150 Thlr. mit seiner, jedoch gefälschten Unterschrift und seinem Siegel versehen, von einem ihm Unbekannten, dem M. diese Wechsel verkauft hatte, zur Zahlung präsentiert wurden. Daß H. keine Zahlung leistet, versteht sich von selbst, und so ist der Inhaber um die

für die Wechsel gezahlte Summe betrogen. Der Betrüger soll bereits nach Amerika (?) sich aufgemacht haben.

**Bromberg, 3. März.** [Betrug; Diebstahl; Leichenschändung; Theater.] Durch telegr. Depesche aus Danzig war hiesig gemeldet, daß vor einigen Tagen ein angeblicher fremder Kaufmann zu einem reichen Danziger Kaufmann mit der Bitte gekommen sei, ihm 1000 Thlr. baar in Papiergeld umzusetzen. Der Wunsch wird genehmigt und ein Lehrling begleitet den Fremden mit dem Papiergelder nach einem Hotel, um dort das Kourant in Empfang zu nehmen. Unter einem Vorwande weilt der Betrüger das Papiergeld in seine Hände zu bekommen und damit zu verschwinden. Auf dem hiesigen Bahnhof ward denn gestern ein legitimationsloses, ziemlich ängstlich erscheinendes Individuum durch den Gensdarm St. festgenommen, und in demselben der Betrüger entdeckt, bei welchem man fast noch die ganze Summe vorfand; außerdem besaß der Industrieller, der sich Marlin nennt, noch einige verdächtige Schlüssel. — Vor 4 Jahren wurde bei dem Gastwirth M. in Dölsch mittelst Einbruchs ein großer, damals unentdeckter Diebstahl an Betten ausgeführt; man hatte einen Arbeitsmann Runow von Kl. Docianowo in Verdacht, konnte ihm jedoch nichts beweisen. Wegen anderweitigen schweren Diebstahls wurde R. nach einigen Jahren zum Zuchthause verurtheilt, hatte indes vor Kurzem Gelegenheit zu entweichen. In der vorigen Woche werden dem M. wiederum Betten gestohlen; unsere Polizei hält Haussuchung bei der Frau des R., und fand nicht nur die neuerdings, sondern auch die vor 4 Jahren gestohlenen Betten wieder. — In der Gegend von Schultitz herrscht der thörichte Aberglaube, daß ein Gastwirth sehr vielen Zuspruch erhalten und binnen Kurzem reich werden könne, wenn er das rechte Ohr eines Todten und namentlich eines solchen Verstorbenen besäße, der im Leben dem Bacchus vielfache und fleißige Opfer dargebracht hätte; ebenso glaubt man, daß ein Dieb, im Besitze eines solchen Talismans, selbst die schwersten Einbrüche verüben könne, ohne jemals entdeckt zu werden. In Folge dieses Aberglaubens ist in der vergangenen Woche in Schultitz eine Leichenschändung vorgekommen. Dem Verstorbenen ist nämlich das rechte Ohr abgeschnitten, was die Leidtragenden zu ihrem Schrecken bemerkten, als die Leiche angezogen werden sollte. Die Sache ist, wie ich höre, bereits der hiesigen Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht. — Gestern bei Aufführung der beiden Poffen: „Sieben Häuser und keine Schlafstelle“ und „Leo, der Armenier“ war das Theater überaus stark frequentirt; ja viele Personen mußten wegen Mangels an Billets und Raum umkehren. Heute wird hier „Pariser Sitten“ gegeben.

**△△ Aus dem Gnesenschen, 2. März.** [Plötzlicher Tod; Geschäftsstille; hohe Preise.] Vor einigen Tagen begab sich ein Bauer aus Wilaskowo durch den Storzengraben Wald nach Powiedz; am späten Abend ward seine Frau besorgt und ging, den Erwarteten zu suchen — jedoch vergebens. Am andern Morgen erfuhr sie, ihr Mann sei als Leiche in dem obengenannten Walde gefunden worden. Die amtliche Besichtigung ergab, daß ein plötzlicher Schlaganfall den schnel-

len Tod herbeigeführt hatte. — In hiesiger Gegend, namentlich in den der Grenze nahegelegenen Orten, herrscht jetzt, obwohl kurze Zeit nach der Frankfurter Messe, eine ungewöhnliche Geschäftsstille; dies kann nicht auffallen, wenn man erwägt, daß namentlich unsere Schnitt- und Kurzwaarenhändler zum größten Theil auf polnische Käufer angewiesen sind, welche in Folge der (Behufs der Abwehr der Rinderpest) noch immer herrschenden strengen Grenzsperrung unter keiner Bedingung herüberkommen dürfen. — Die Getreidearten sind auf unseren Wochenmärkten noch immer theurer als in Berlin und Posen.

### Angekommene Fremde.

**MYLIUS' HOTEL DE DRESDE.** Die Kaufleute Steinhaus, Jaacksohn und Laffert aus Berlin, Kaiser aus Goldberg, Seyditz aus Neustadt-Görschwalde und Landrath v. Madai aus Kottbus.  
**BUSCH'S HOTEL DE ROME.** Die Gutsb. Graf Mielicki und v. Gajdowski aus Bythin, Wille aus Pustkowo; die Kaufleute Levy aus Glogau, Didiheim aus St. Smier und Meyer aus Berlin.  
**BAZAR.** Die Gutsbesitzer v. Blochowski aus Prieckau, Graf Mielicki aus Pabrowo, v. Lipiski aus Lubom und v. Gorzinski nebst Frau aus Smolewo.  
**SCHWARZER ADLER.** Kaufmann Krenkel aus Maffow; die Gutsbesitzer Nicolai aus Golenzowo, Knappe und Partikulier v. Voittitz aus Trabin.  
**HOTEL DE BAVIERE.** Buchdruckereibesitzer Zehden aus Schwerin a./B.; Partikulier v. Kurowski aus Santomyl; die Gutsb. v. Diezinski aus Gablewo, v. Malszewski aus Szegowice, v. Malszewski aus Kuchowo und Frau Gutsb. v. Gohrmann aus Głowa.  
**HOTEL DU NORD.** Die Gutsb. v. Szokorski aus Golebin, v. Krzyzjanowski aus Dzierzmarz und v. Kaminski aus Zajazkowo; Probst Jabanowski aus Pinne; Bevollmächtigter Hofmann aus Odrzewo und Kaufmann Kurzig aus Radzisz.  
**HOTEL DE BERLIN.** Gutsbesitzer v. Stof aus Lubatz; die Apotheker Richter, Pohl und Maler Hermann aus Pinne; die Kaufleute Veradt aus Grätz und Bollmann aus Schrimm.  
**HOTEL DE PARIS.** Gutsbesitzer Szaroffewicz aus Dzierzmarz; Probst Wagner aus Wiganowo; die Geistlichen Praskowicz und Plaski aus Schrimm; die Mentiers v. Radom und v. Dufowski aus Koflewo.  
**GROSSE EICHE.** Kaufmann Gheinski aus Kleko.  
**DREI LIEN.** Brennereiverwalter Schult, aus Neustadt a./B.  
**EICHBORN'S HOTEL.** Die Kaufleute Joachimczek aus Mikoskaw, Landsberg, Fuhrmachersmeister Alshut und Müllermeister Rodinski aus Santomyl; Gashofbesitzer Fuchs aus Odrzewo und Klempnermeister Wolfsohn aus Lubens.  
**EICHENER BORN.** Handelsfrau Jacobsohn aus Breslau; Handelsmann Friedländer aus Schrimm; die Kaufleute Lewin sen. und jun. aus Delitz.  
**HOTEL ZUM SCHWAN.** Kaufmann Grünberg aus Strazkowo.  
**PRIVAT-LOGIS.** Gutsbesitzer v. Koscielski aus Smolewo, leg. Väterstraße Nr. 13. b.; Handlungsreisender Potental aus Berlin, legist Friedrichstraße Nr. 19.; die Handelsleute Deule und Leuthe aus Gönningen, leg. St. Adalbert Nr. 40.

## Inserate und Börsen-Nachrichten.

**Mittwoch den 5. März Abends 7 Uhr Fünfte Sinfonie-Soirée** im Saale der Casino-Gesellschaft. Sinfonie von Haydn. Ouverture zu den „Hebriden“ von Mendelssohn. Sinfonie Nr. 4 (in B) von Beethoven. Billets à 15 Sgr. sind in der Mittleren Buchhandlung und in der Musikalien-Handlung von Bote & Bock zu haben. **H. Kambach.**

### THALIA.

Sonabend den 8. d. Mts.: Dramatische Vorstellung und Tanztanzen. Anfang 7 Uhr Abends. Der Vorstand.

**Naturwissenschaftlicher Verein.** Mittwoch den 5. März c. Abends 5 Uhr in dem Laboratorium der Realschule. Nach einigen Mittheilungen des Herrn Premier-Lieutenant v. Tieszen u. Hennis über einen galvanischen Thermographen, wird der H.-Lehrer Herr v. Zaborowski über die Pflanzennahrung als Grundlage der Agrikultur sprechen.

Bei dem Rendanten des Comité's zur Beschaffung billigerer Lebensmittel für hiesige Arme sind ferner eingegangen:

Geb. Rath v. Chelmicki für die Monate Januar und Februar 20 Thlr.

Als ehelich Verbundene empfehlen sich Verwandten und Bekannten:

Göblich, Friederike Göblich geb. Goldstein. Posen. — Zülchau.

**Todes-Anzeige.** Den am 28. v. Mts. erfolgten Tod unseres geliebten Bruders und Schwagers, des Kaufmanns Salomon Glückmann, zeigen wir tief betrübt seinen Verwandten und Geschäftsfreunden hierdurch an. Pleschen, den 2. März 1856.

Die Hinterbliebenen.

**Auswärtige Familien-Nachrichten.** Geburten. Ein Sohn dem Hrn. Pappitz auf Radach, Hrn. v. Szegewski in Grünbeide bei Pöllnow, Hrn. Prof. Dr. Schwanert in Rosko, Hrn. Dr. v. Dörge in Neu-Brandenburg, Hrn. Alb. Kreischer in Berlin; eine Tochter dem Hrn. Landrath v. Batzewski, Hrn. A. Neumann und Hrn. C. Kitz in Berlin, Hrn. v. Pannow in Burgsdorf, Hrn. Rechtsanwalt Kühn in Lubrau, Hrn. Baumeister Degner in Gohsen, Hrn. Kaufmann Möser in Reiffe, Hrn. Staatsanwalt Hoffmann in Prenzlow, Hrn. Kammerherrn v. Wittich in Wiesegrade, Hrn. Regier. Rath v. Minutoli in Ciesnig.

Todesfälle. Hr. Pastor Fr. Kitten in Dorow, Hr. B. Richter und Hr. Kunstgärtner Bouche in Berlin, Hr. F. Leisner in Goußen in Tegos, Hr. Kaufm. J. Günsburg aus Breslau in Palermo, Hr. Hauptfeueramts-Rath Zuppe und Hr. Kreisrath Pezold in Breslau, Hr. Stadthalter Otto in Grünberg.

**Veranmahnung.** Nach §. 11 der Vorschriften für die Königl. Bau-Akademie vom 18. März v. J. können Studierende des Baufaches, welche die Prüfungen für den Preussischen Staatsdienst nicht ablegen wollen, auch zu Opfern in die Bau-Akademie eintreten. Die desfallsige Meldung muß vor dem 1. April bei dem unterzeichneten Direktor schriftlich erfolgen, derselben auch Zeugnisse und Zeichnungen, aus denen hervorgeht, daß der Aufzunehmende hinreichende Kenntnisse und Uebung besitzt, um den Unterricht mit Erfolg benutzen zu können, beigefügt werden. Von Bau-Gewerksmeistern wird nur die Vorlegung ihres Meisterattestes gefordert. Die Vorschriften vom 18. März 1855 für die Ausbildung und Prüfung derjenigen, welche sich dem Baufache widmen, so wie für die Königl. Bau-Akademie, sind bei dem Geheimen Sekretair Köhl im Bau-Akademie-Gebäude käuflich zu haben. Berlin, den 3. März 1856. Der Geheim Ober-Baurath und Direktor der Bau-Akademie, **Bosse.**

### Die hiesige Handels-Akademie betreffend.

Der 25. Jahres-Kursus in dieser Anstalt wird am 1. April d. J. beginnen und ich erlaube diejenigen, welche daran Theil nehmen wollen, sich recht bald bei mir zu melden, weil ein verspäteter Eintritt immer mit Nachtheil für die Eintretenden verbunden ist. Gewünschte Auskunft werde ich gern mündlich oder auf portofreie Anfragen von auswärts ohne Säumen schriftlich beantworten.

Danzig, den 16. Februar 1856.

Richter, Direktor der Anstalt.

### Nachlaß-Auktion.

**Freitag den 7. März c. Vormittags von 9 Uhr ab** werde ich im **Kleemannschen Grundstücke Schifferstr. Nr. 9** verschiedene Nachlaßgegenstände, als:

**fierne Bohlen und Klöße, 3 komplette Salzwagen nebst Langbäumen und Deckeln, 33 schwedische Fußbodensiefen, 20 Tonnen Mergelthon, alte Treppen, Thüren und Fenster, 23 neue 2- und 4flügelige Fenster, Karren, Gerüste, Eisenzeug, 2 Getreidefegen u. 1 Getreidemühle, so wie verschiedene andere Wirthschafts-Gegenstände,**

gegen baare Zahlung öffentlich meistbietend versteigern. **Lipschitz, Königl. Auktions-Kommissarius.**

### Nachlaß-Auktion.

**Mittwoch am 5. März c. Vormittags 10 Uhr** werde ich am **alten Markte vor der Rathswaage** aus einem Nachlaß

**6 kräftige Arbeitspferde in gutem Futterzustande mit Geschirren, 4 starke Arbeitswagen auf eisernen Achsen, einen gut erhaltenen, leichten, auf Druckfedern ruhenden Halb-Wagen, Stallutensilien, als: 2 Hackelladen, Decken u. c.**

gegen baare Zahlung öffentlich meistbietend versteigern.

**Lipschitz, Königl. Auktions-Kommissarius.**

### Auktion.

**Mittwoch den 5. März c. Vormittags von 9 Uhr ab** werde ich in dem **Auktions-Loth Mahagani- und birlene Möbel,**

als: Stühle, Spiegel, Sopha, Tische, 1 Schreibtisch, 1 Ausziehtisch mit Einlegeplatten, Betten, so wie eine Partie Kleidungsstücke, Cigarren, Tabak, Kaffee, ein noch gutes Klavier, 4 komplette, noch fast neue Pferde-Sattelgeschirre, Wirthschaftsgeräthe und **150 Bouteillen Araf**

öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung versteigern.

**Bobel, Auktions-Kommissarius.**

Behandlung syphilitischer Krankheiten u. Flechten. **Dr. August Löwenstein, gr. Gerberstr. 13.** Sprechstunden Vormitt. bis 10, Nachmitt. von 2—5.

Bei J. Bernhard & Comp. in Berlin ist so eben erschienen und in der **Mittlerischen Buchhandlung (A. G. Döpner)** in Posen vorrätig:

**Kewald, H.** Die Geschwornengerichte. 73 Sgr.

Bei J. J. Weber in Leipzig ist so eben erschienen und in der **Mittlerischen Buchhandlung (A. G. Döpner)** in Posen vorrätig:

**Jahn, G. A.** Der Komet von 1556 und seine bevorstehende Wiederkehr. 6 Sgr.

Bei G. P. Adersholz in Breslau erschien und ist zu haben in der **Gebr. Scherf'schen Buchh.** (G. Keffeld) in Posen:

Die Ausbildung der Gerichts-Auskultatoren in Preußen, nach den neuesten gesetzlichen Vorschriften, von G. A. F. Behrends, Stadt-Gerichts-Direktor und Universitätsrichter. Preis 6 Sgr.

### Güter-Kauf.

Diejenigen Herren Gutsbesitzer, die den Verkauf ihres Besitzthums, nach Eintritt der zur denjenigen passenden Jahreszeit, beabsichtigen und sich einer eben so realen als diskreten Behandlung des Verkaufs-Geschäftes versichert halten wollen, würden schon jetzt ihre Offerten unter der Adresse: „K. B. Groß Glogau, abzugeben Nr. 184“ franco einzusenden haben. Eine Gutsübersicht ist nicht beizulegen, da zu deren Abfassung ein Schema eingesandt wird.

**Freiwilliger Verkauf.** Das Rittergut **Gosicjewo** im Krotoschiner Kreise, ½ Meile von der Breslau-Posener Chaussee abgelegen, ist aus freier Hand zu verkaufen. Nähere Bedingungen ertheilt der Eigenthümer.

Eine Wassermühle, bestehend aus 2 Mahlgängen, 1 Hirsengänge, 4 Größ-Stampfen, 1 Delpresse mit 8 eisernen Stampfen und sämtlichen Utensilien, verbunden mit einem Gashofe, Stallungen, Gärten und Regalbahn, ist sofort auf 6 bis 10 Jahre für eine jährliche Pacht von 500 Thlr. und Niederlegung einer Kaution von 500 Thlr. zu verpachten. Die nöthige Auskunft hierüber ertheilt auf portofreie Anfragen der Güter-Agent **Zakrzewicz** in Grätz.

Die Güter-Agentur zu Jönoracław weist Güterkomplexe, Vorwerke verschiedener Größe, bäuerliche so wie städtische Acker und Gastwirthschaften, Mählegrundstücke zum Kauf, so wie zum Verkauf und auch zur Verpachtung nach.

**N. Elkowski, Kreisrath.**

Ein zur ersten Stelle eingetragenes pupillarisch sicheres Hypotheken-Kapital von 1300 Thlr. soll mit Verluft sofort cedirt werden. Adressen sub A. B. werden in der Exped. d. Ztg. entgegen genommen.

Ich beabsichtige mein Schant-Etablissement „zum Stern“ Familienverhältnisse wegen vom 1. April c. ab zu verpachten. Pachtlustige erfahren das Nähere bei mir selbst.

Rath bei Posen Nr. 41.

**J. Frese.**

Eltern oder Vormünder, welche beabsichtigen sollten, Töchter einem in Berlin von einer sehr ehrenhaften Dame geleiteten noblen Erziehungs-Institute, das alle Elemente weiblicher Ausbildung vereinigt, anzuvertrauen, können auf desfallsige Anfragen darüber die bereitwilligste Auskunft in Bromberg durch den Königl. Bankvorsteher Herrn Wenke, so wie durch Fräulein Johanna Höpner, Vorsteherin einer höhern Mädchenschule daselbst, erhalten.



